

IV. Die soziale Stadt

Köln ist eine soziale Stadt. Sie ist seit Jahrhunderten geprägt von Zuwanderung, von unterschiedlichen Kulturen und von gesellschaftlichem Engagement. Trotz dieser Voraussetzungen sowie zahlreicher sozialer Programme und Angebote erreicht die Stadt viele Menschen in Notlagen nicht und kann soziale Probleme nicht lösen.

Ob es um preiswerten Wohnraum geht, um Viertel, in denen sich alle Generationen wohl fühlen, um offene Seniorenarbeit, um den respektvollen und menschlichen Umgang mit Flüchtlingen, um das Thema „Wie bringen wir Menschen in Arbeit und Beschäftigung“ sowie um die Förderung des Ehrenamtes: All dies funktioniert in Köln kaum noch – und zwar, weil andere Parteien zu häufig auf Ideologie und soziale Bevormundung setzen.

Eine ideologisch getriebene Wohnungsbaupolitik, investitionshemmende Diskussionen über Mietpreisbremsen, sogenannte Milieuschutz-Satzungen und komplizierte Bauvorschriften führen eben nicht zu mehr preiswerten Wohnraum. Im Gegenteil: Sie schrecken Investoren ab.

Wir Liberale sind davon überzeugt, dass nur der unvoreingenommen Blick auf die sozialen Probleme unserer Stadt zu erfolgreichen Lösungen führt. Im Mittelpunkt steht dabei immer der Mensch.

Wir Liberale bekennen uns zu unserer sozialen Verantwortung. Wir tragen Verantwortung gegenüber den Menschen, die unsere Unterstützung brauchen. Diese können auf unsere Solidarität zählen.

Wir unterstützen aber auch die Menschen, die für sich selbst und andere Verantwortung übernehmen. So schätzen wir das ehrenamtliche Engagement der vielen Kölnerinnen und Kölner. Wir Liberalen rufen nicht immer gleich nach dem Staat, sondern begrüßen es, wenn sich Menschen engagieren und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Es schadet Köln, wenn Bürokratie und „Behördendenke“ die Gründung privater Krabbelgruppen und Kindergärten behindert.

Soziale Verantwortung! Das ist unser Leitmotiv für ein soziales Köln.

Das braucht Köln: Sozial und Fair - Fördern und Fordern!

- Wir Liberale wollen dazu beitragen, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit – vor allem auch der junger Menschen – zu schaffen, die Familie zu schützen und zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens – auch durch Hilfe zur Selbsthilfe – abzuwenden oder auszugleichen.

Wir setzen auf das Prinzip „Fördern und Fordern“. Liberale stehen zu ihrer sozialen Verantwortung, in dem sie Menschen in Notlagen helfen und entsprechend fördern, aber Liberale stehen auch zur Eigenverantwortung. Wir sind davon überzeugt: Fordern schafft Selbstwert und soziale Kompetenz.

- Die FDP steht für das Subsidiaritätsprinzip: Jeder soll seine Angelegenheiten zunächst eigenverantwortlich und ohne staatliche Bevormundung regeln können. Deshalb wollen wir Menschen dazu befähigen und dabei unterstützen, sich selbst zu helfen. Ein gutes Beispiel sind die Mehrgenerationenhäuser. In Zeiten, in denen die traditionelle Familie immer seltener anzutreffen ist, können ältere Bewohner von Mehrgenerationenhäusern junge Eltern bei der Kinderbetreuung unterstützen. Der Kontakt zu anderen sowie die Unterstützung in Alltagsangelegenheiten beugen der Vereinsamung von älteren Menschen vor und können unter Umständen Heimunterbringungen vermeiden.
- Die Kölner FDP möchte für Kinder und Jugendliche gleiche Chancen und Startmöglichkeiten in Bildung und Ausbildung herstellen. Wir wollen, dass individuelle Talente und Fähigkeiten schon früh erkannt und durch unterstützende Maßnahmen in den Kindertagesstätten, in den Schulen und auch außerschulisch gefördert werden.
- Die Kölner Liberalen wissen, dass es in unserer Stadt viele Veedel gibt, die mehr Unterstützung brauchen. Deshalb halten wir am Konzept der „Lebenswerten Veedel“ fest. Hier erhalten benachteiligte Stadtteile und Sozialräume Hilfe. Dabei müssen jedoch kostenintensive Doppelstrukturen aufgelöst werden, um die Finanzierbarkeit der Sozialraumprogramme weiterhin sicherzustellen.
- In Zeiten knapper Kassen müssen aber auch soziale Angebote, die mit städtischen Geldern finanziert werden, auf den Prüfstand. Bestes Beispiel ist der KölnPass. Seit der Einführung des VRS-Sozialtickets können alle

finanzschwachen Rheinländer den öffentlichen Nahverkehr zu günstigen Preisen nutzen. In Köln werden die günstigen Preise für KölnPass-Inhaber nochmals subventioniert. Die Kosten trägt die klamme Stadt. Das muss sich ändern.

Das braucht Köln: Mehr preiswerten Wohnraum!

Köln ist eine wachsende Stadt. Das führt dazu, dass Wohnraum Mangelware ist – vor allem bezahlbarer Wohnraum. Der Wohnungsmangel hat in Köln mittlerweile ein unerträgliches und für alle spürbares Ausmaß erreicht. Alle Trends und Prognosen deuten auf eine Verschärfung des Problems hin. Doch Wohnen in Köln muss bezahlbar sein und eine monatelange Wohnungssuche ist insbesondere Studienanfängern und berufstätigen Familien mit Kindern nicht zumutbar. Die Schaffung von preiswertem Wohnraum ist eine zentrale soziale Herausforderung für unsere Stadt. Die Kölner Liberalen sind sich dieser sozialen Verantwortung bewusst und setzen bei der Lösung dieses Problems – anders als Rot-Grün – nicht auf teure Wohnungsbauprogramme und die planwirtschaftliche Gängelung von Investoren im Wohnungsbau, sondern auf die Bereitstellung von ausreichenden Wohnflächen. Deshalb fordern die Kölner Liberalen:

- Ein aktives Flächenmanagement, das geeignete Grundstücke für den Wohnungsbau identifiziert.
- Wenn nicht genügend Grundstücke vorhanden sind, können neue Wohnflächen auch durch die Schließung von Baulücken inklusive Aufstockungen entstehen. Die FDP setzt sich dafür ein, das Baulückenprogramm endlich konsequent umzusetzen. Wir wollen 50 Prozent der Baulücken in Köln bis zum Jahr 2029 schließen.
- Bei der Erstellung zukünftiger Bebauungspläne muss das Ziel, möglichst viel zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, stärker berücksichtigt werden. Ein Bebauungsplan sollte immer nur Vorgaben zugunsten von mehr Wohnraum und nie entgegen mehr Wohnraum machen.
- Eingriffe in die Eigentumsrechte von Wohnungsbesitzern – zum Beispiel durch eine Erhaltungssatzung oder Zweckentfremdungssatzung- können dabei keine Lösung sein, da diese das private Engagement nachhaltig beeinträchtigen.
- Die FDP steht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau und sieht dabei die GAG Immobilien AG als städtische Wohnungsbaugesellschaft bei der Schaffung von günstigem Wohnraum in der Pflicht.

Das braucht Köln: Vielfältige Wohnungsangebote!

- Das Wohnungsangebot muss sich an den individuellen Bedürfnissen der Menschen orientieren. Deshalb setzt sich die FDP für vielfältige Wohnformen ein. Das umfasst beispielsweise Seniorenwohnungen, Mehrgenerationshäuser sowie Wohngemeinschaften für Menschen mit Handicaps.
- Die FDP möchte, dass sich alle Generationen in ihrem Viertel zu Hause fühlen. Wir unterstützen Genossenschaftsmodelle, die das Zusammenleben verschiedener Generationen fördern. Generationenübergreifendes Wohnen verlangt aber auch die notwendige Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen, Senioreneinrichtungen und Begegnungsräume.
- Räume für Kommunikation und Begegnung müssen auch bei der Planung und Entwicklung von Bauprojekten stärker berücksichtigt werden.
- Die soziale Durchmischung von Veedeln ist wünschenswert, da sie das Miteinander fördert. Jede konkrete Maßnahme muss jedoch die Struktur und Entwicklung des einzelnen Veedels mit in Betracht ziehen und darf diese nicht ignorieren.

Das braucht Köln: Mehr Menschen in Arbeit!

- Die Schaffung von attraktiven neuen Arbeitsplätzen in Köln ist eine Voraussetzung für einen größeren finanziellen Spielraum in sozialer Hinsicht, um den Kölnerinnen und Kölnern zu helfen, die dies nicht aus eigener Kraft vermögen. Dafür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, ist unsere soziale Verantwortung.

Die Kölner Liberalen stehen für die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Nachhaltigkeitseffekt. Wir wollen nicht nur Dienstleistungsfirmen aus dem Niedriglohnsektor, sondern innovative Firmen, die attraktive Arbeitsplätze schaffen.

Trotz guter Konjunkturdaten sind in Köln mehr als 30 Prozent der arbeitslosen Menschen ein Jahr oder länger ohne Arbeit. In Verantwortung für diese Menschen fordert die FDP, die Anstrengungen zu erhöhen, damit den Betroffenen Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt angeboten werden.

Das braucht Köln: Inklusion in allen Lebensbereichen!

Menschen mit Behinderungen brauchen ein Umfeld, das es ihnen erlaubt, selbstbestimmt und gleichberechtigt ihr Leben zu gestalten. Wir Liberalen sehen uns hier in der Pflicht und wollen genau das in Köln umsetzen.

Im Mittelpunkt der derzeitigen Inklusionsdebatte steht das Thema Schule. Die FDP ist aber davon überzeugt: Inklusion beschränkt sich nicht nur auf die Schule, sondern ist eine Gesellschaftsaufgabe.

- Köln muss konsequent barrierefrei werden. Das gilt nicht nur für städtische Gebäude, Straßen, Verkehrsmittel und Haltestellen sondern auch für die Medien der Stadtverwaltung – egal ob in gedruckter oder elektronischer Form. Texte beispielsweise sollten in einer leicht verständlichen Sprache verfasst sein.
- Die FDP will ein Beratungsangebot ins Leben rufen, das Menschen mit Handicaps umfassend über ein barrierefreies Leben informiert.
- Ein wichtiger Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe ist die Ausübung eines Berufs. Deshalb setzt sich die FDP dafür ein, dass mehr behinderte Menschen den Weg aus den Behindertenwerkstätten in Integrationsunternehmen und in die Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes finden. Damit dieses gelingt, brauchen viele Unternehmen Anreize, um überhaupt integrative Arbeitsplätze zu schaffen.
- In Kultur, Sport und Freizeit müssen die Bedürfnisse behinderter Menschen stärker berücksichtigt werden. Museen beispielsweise können Menschen mit Handicaps ausgewählte Exponate unter Anleitung erleben lassen.
- Die FDP will für Köln ein Konzept zur touristischen und kulturellen Vermarktung der Stadt – speziell für ältere und behinderte Menschen. Dazu möchten wir Konzepte und Maßnahmen anderer Städte erheben und deren Erfolge analysieren. Die Entwicklung des Konzeptes soll auch Fachleute aus Verwaltung, Gastronomie, Tourismus, Kultur und Verkehr sowie Vertreter der Senioren- und Behindertenverbände einbeziehen.

Das braucht Köln: Initiativen für ältere Menschen!

Die FDP tritt dafür ein, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lange selbstbestimmt und selbständig in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

Altersarmut und die dadurch bedingte Vereinsamung führen bei zahlreichen lebensälteren Menschen zu Resignation und dem Rückzug aus gesellschaftlicher Teilhabe. Wir Liberale wollen die Schwelle zu Sozialleistungen wie Grundsicherung oder Wohngeld so gestalten, dass diese für ältere Menschen annehmbar sind und sie nicht aus Scham vor einer Inanspruchnahme zurückschrecken. Deshalb setzen wir uns für eine spezielle Finanzberatung ein, die Seniorinnen und Senioren in allen finanziellen Fragen unterstützt.

Die FDP steht zur „Offenen Seniorenarbeit“, die sich auf die drei Säulen stützt:

- Senioren-Beratung (hier können ältere Menschen Unterstützung finden)
- Senioren-Netzwerk (hier können ältere Menschen selber aktiv werden)
- Senioren-Vertretung (hier können ältere Menschen sich in die Politik einbringen)
- Köln braucht mehr Engagement für die älteren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Viele der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund haben Verständigungsschwierigkeiten, weil sie schlecht oder kaum Deutsch sprechen. Darüber hinaus gibt es kulturelle und religiöse Unterschiede. Hier können Berufsfelder für jüngere Migrantinnen und Migranten entstehen, die den gleichen sprachlichen und kulturellen Hintergrund haben.

Das braucht Köln: Ein neues Zuhause für Flüchtlinge!

- Köln steht vor großen Herausforderungen bei der Bewältigung des Zuzugs und der Integration von Flüchtlingen. Aufgrund bundes- und landesrechtlicher Vorgaben ist die Stadt Köln zur Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge verpflichtet und stößt dabei an ihre Kapazitätsgrenzen.

Neben dieser gesetzlichen Verpflichtung steht die FDP auch zu ihrer humanitären Verantwortung, Flüchtlinge in unserer Stadt menschenwürdig unterzubringen. Eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen kann nur gelingen, wenn Herausforderungen ehrlich benannt werden und wenn die Ängste und Bedenken der Nachbarn von Flüchtlingsunterkünften ernst genommen werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es zum einen für die Nachbarn vor Ort jederzeit Ansprechpartner gibt und zum anderen tragfähige Betreuungs- und Sicherheitskonzepte. Darüber hinaus setzen sich die Liberalen nach den städtischen Leitlinien zur Flüchtlingsunterbringung für

eine zügige dezentrale Wohnungsversorgung ein. Dieses dient der sozialen Balance und der Integration.

Das braucht Köln: Qualifizierte Zuwanderung und Willkommenskultur!

- Köln ist eine tolerante und gastfreundliche Stadt. Unsere ausländischen Mitbürger sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadtgesellschaft und Kultur. Für all diese Arbeitssuchenden, für Studenten, für Jugendliche und für junge Facharbeiter brauchen wir eine neue Willkommenskultur.

Wichtigste Grundlage zur Integration sind ausreichende Deutschkenntnisse. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund bedürfen früher Förderung.

Unter den erfolgreichen Unternehmensgründern sind immer mehr Bürger mit Migrationshintergrund. Damit werden sie zunehmend ein wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft, schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die FDP tritt für eine aktive Zusammenarbeit mit Migranten und deren Organisationen ein, um eine wirkliche Integration zu fördern und einer „Einigelung“ und Abspaltung entgegenzuwirken.

- Die Stadt muss ihr Integrationskonzept schneller und effizienter fortschreiben. Dieses Konzept verdient mehr Beachtung als rot-grüne Lippenbekenntnisse zu mehr Integration.

Das braucht Köln: Stärkung und Anerkennung des Ehrenamtes!

- Wir Liberale sind der Meinung, dass nicht für alles der Staat zuständig ist. Wir setzen auf eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernehmen.

Genau das machen die zahlreichen Kölnerinnen und Kölner, die sich ehrenamtlich engagieren. Sie setzen sich für unsere Stadt und für ihre Mitbürger ein.

Dieses Engagement, das nicht selbstverständlich ist, will die FDP unterstützen und honorieren.

Wir fordern mehr Anerkennung und Beachtung des Ehrenamtes. Wertschätzende Anerkennung kann sich beispielsweise in Freikarten für den

Besuch von städtischen Kultureinrichtungen (Museen, Oper, Schauspielhaus oder Philharmonie) ausdrücken.

- Köln braucht ehrenamtliches Engagement. Durch den fortschreitenden demographischen Wandel wird der Ruf nach „Generationen helfen Generationen“ immer lauter. Seniorinnen und Senioren können ihre Erfahrungen und Kenntnisse an die jüngere Generation weitergeben. Beste Beispiele sind Lernpatenschaften, Stipendien und Betreuung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Besonders Lese-Mentorenschaften dienen der besseren Integration von Kindern anderer Nationalitäten.
- Die FDP möchte die Gewinnung und Betreuung ehrenamtlich tätiger Menschen unterstützen und die Vermittlungen durch Büros und durch Ansprechpartner in Agenturen stärken. Hier soll eine Web-Seite geschaffen werden, die für alle Interessenten eine transparente Plattform bietet, um Angebot und Nachfrage besser zu koordinieren und bei Bedarf auch Unterstützung in rechtlichen Fragen zu erhalten.
- Die Förderung und Stärkung der Freiwilligen-Agentur ist ein zentraler Punkt. Die Agentur soll Ehrenamtliche vermitteln und nicht dazu dienen, Stellen für Rot-Grün zu schaffen. Weniger Bürokratie tut not.
- Die Kölner Liberalen sind für einen erleichterten Einstieg bei ehrenamtlichem Einsatz. „Bedenkentragerei“ darf nicht dazu führen, dass Engagierte ihren Einsatz nicht angehen und stattdessen resignieren.
- Um ehrenamtliches Engagement auch öffentlich zu würdigen, machen die Kölner Liberalen schon seit einigen Jahren mit dem Friedrich-Jacobs-Preis auf besondere Projekte aufmerksam.

Der Preis wurde im Jahr 2010 erstmals an die Babyklappe im Haus Adelheid verliehen. In den Folgejahren erhielten die Stiftung Butzweilerhof, das „Aktionsbündnis für eine Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn“ und zuletzt das „Kölner Haus des Jugendrechts“ diese Auszeichnung. Damit unterstreichen die Kölner Liberalen den Stellenwert bürgerschaftlichen Engagements im Ehrenamt.